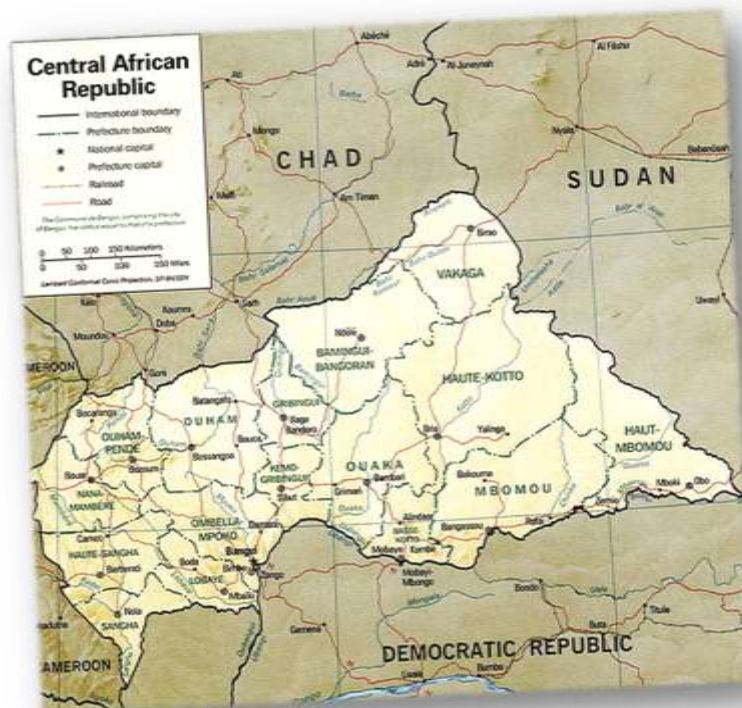


Friedrich Ebert Stiftung Kamerun/ Zentralafrika:

Die Gewährleistung der Sicherheit in der Republik Zentralafrika: „Mission impossible ?“

Faouzi KILEMBE



Oktober 2014

***Die Gewährleistung der Sicherheit
in der Republik Zentralafrika:
„Mission impossible?“***

Faouzi KILEMBE

Oktober 2014



© Friedrich Ebert Stiftung, Yaoundé (Kamerun), 2014.

Tel. 00 237 2 22 21 29 96 / 00 237 2 22 21 52 92

Postfach 11 939 Yaoundé / Fax : 00 237 2 22 21 52 74

E-mail : info@fes-kamerun.org

<http://www.fes-kamerun.org>

Zusammenfassung

Die Zentralafrikanische Republik, ein Binnenstaat im Herzen Afrikas und reich an natürlichen Ressourcen (Wälder und Minen), ist seit mehr als drei Jahrzehnten immer wieder von militärischen Krisen betroffen, die prekäre Lebensbedingungen der Bevölkerung zur Folge haben und an die Grenzen menschlicher Würde stoßen.

Dieses Land ist gekennzeichnet durch eine schlechte Regierungsführung der Herrschenden und dies seit der Unabhängigkeit im August 1960. Die meisten Präsidenten, die dieses Land regiert haben - mit Ausnahme von Ange Félix Patassé, dem einzigen demokratisch gewählten Präsidenten - sind durch Gewalt an die Macht gekommen.

Seit Mitte der 1990er Jahre wird das Land von zahlreichen Krisen erschüttert, die sich als Meutereien eines Teils der nationalen Armee bzw. als Rebellionen manifestieren.

Die Krise der letzten Jahre hat eine Stufe der Gewalt und der Barbarei mit subregionalen Auswirkungen erreicht. Die Länder der Subregion Zentralafrika und der Rest der internationalen Gemeinschaft zwangen die nationalen politischen Akteure, einen Übergangsprozess in Gang zu setzen, dessen Ziel es ist, binnen kürzester Frist und vor allem in einem äußerst komplizierten politischen und sicherheitspolitischen Umfeld, das Land zu befrieden und demokratische Wahlen zu organisieren. Dieser Übergang wird begleitet von der Präsenz der internationalen Truppen, deren Aufgabe gemäß UN-Resolution 2127 unter anderem darin besteht, die Sicherheit wiederherzustellen und die bewaffneten Gruppen zu entwaffnen.

Doch trotz aller Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft scheint die Transition ins Stocken geraten zu sein, denn auch wenn allmählich Ruhe in der Hauptstadt Bangui einzukehren scheint, so bleibt die Lage im Land insgesamt dennoch schwierig angesichts der wiederaufflammenden Gewalt und dem Wiedererstarken der bewaffneten Gruppen.

Das vorliegende Dokument liefert einige grundlegende Informationen, um den Kontext und das Entstehen dieser wiederkehrenden Krise bzw. die Herausforderungen des Übergangsprozesses zu verstehen und schlägt Lösungsansätze vor.

Inhaltsübersicht

1. Die strukturellen Ursachen der zentralafrikanischen Krise.....	5
2. Die verschiedenen Auswirkungen der zentralafrikanischen Krise	13
3. Herausforderungen für die an der Bewältigung der zentralafrikanischen Krise beteiligten Akteure	17
4. Vorschläge zur Lösung des Konfliktes	27
Bibliographie	29

Einleitung

Die Zentralafrikanische Republik ist mit ihren 623.000 Km² und 4.616.000 Einwohnern¹ ein Binnenstaat. Dieses zentralafrikanische Land, das am 13. August 1960 die Unabhängigkeit erlangte, ist eines der ärmsten Länder der Welt. Nach dem UNDP-Bericht über den Index der menschlichen Entwicklung nahm die Zentralafrikanische Republik (ZAR) im Jahr 2013 Platz 180 von 186 Ländern ein (UNDP 2013)².

Die ZAR ist mit einer Bevölkerung, die zu 80% von Landwirtschaft und Viehwirtschaft lebt, ein hauptsächlich landwirtschaftlich geprägtes Land. Die Landwirtschaft wird jedoch überwiegend für den Eigenbedarf betrieben. Die wenigen Exportprodukte (Kaffee und Baumwolle) verzeichnen einen Produktionsrückgang aufgrund fehlender nationaler Politik in diesem Bereich, aber auch wegen sinkender Preise auf dem internationalen Markt. Die wiederkehrenden Krisen, die zu einer Migration der Landbevölkerung führten, haben die Produktionsbedingungen schwierig, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Das Land verfügt über ein großes forstwirtschaftliches Potenzial (6% der Fläche des Landes) und umfangreiche Bodenschätze (Diamanten, Gold, Uran, Kalkstein, Erdöl usw.).

Die Straßeninfrastruktur ist schwach und in schlechtem Zustand. Von den 9.307 km Hauptstraßennetz sind nur 882 km asphaltiert, der Rest des Straßennetzes befindet sich in äußerst schlechtem Zustand, da der Staat nicht genügend Mittel für dessen Unterhalt zur Verfügung hat.

Das System der sozialen Sicherung zählt zu den schwächsten in Afrika. Das Gesundheits- und Bildungswesen befindet sich im Hinblick auf die Infrastruktur und die Qualität des Dienstleistungsangebots in einem desolaten Zustand.

Seit 1990 versank das Land durch immer wiederkehrende Krisen in einen Zyklus der Gewalt mit Spitzen zwischen Dezember 2012 und März 2014. Diese Gewalt begann unmittelbar nach den ersten demokratischen Wahlen in diesem Land, die 1993 die Wahl von Ange Félix Patassé ermöglichten. Durch eine Reihe von Aufständen der Soldaten aus dem Umfeld des Patassé-Vorgängers André Kolingba wurde die Basis für die gewaltsame Einforderung politischer Ansprüche durch Rebellionen und Staatsstriche geschaffen.

Ursache dieser Krisen ist das schlechte Management der wenigen Ressourcen des Landes durch Minderheiten, die durch Waffengewalt an die Macht gelangten. Unvermögen, Mittelmäßigkeit, Tribalismus, Korruption, Unterschlagung öffentlicher Gelder, Straffreiheit, usw. sind bei den Regimen, die seit der Unabhängigkeit aufeinander folgten, an der Tagesordnung.

Obwohl dieses Land über immense natürliche Ressourcen verfügt, zählt die ZAR aufgrund der Inkompetenz und Habgier ihrer führenden Kräfte zu den ärmsten Ländern der Welt.

Über die militärisch-politischen Krisen hinaus zeichnet sich die Lage des Landes durch ein komplettes Chaos aus. Dieses Chaos zeigt sich durch das fast vollständige Fehlen dezentraler staatlicher Dienste

¹ Bericht der Weltbank, 2013

² <http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/dossiers-pays/republique-centrafricaine/presentation-de-la-republique-1271/>

in der gesamten Zentralafrikanischen Republik. Ordnungsgemäß funktionierende Verteidigungs- und Sicherheitskräfte fehlen und damit auch ein Schutzfaktor, mit dessen Hilfe die Umstrukturierung der Verwaltung im Hinterland möglich wäre. So bleibt der größte Teil des Landes der Willkür der bewaffneten Gruppen und Milizen überlassen. Da in der Provinz keine Staatsbediensteten vor Ort sind, deren Aufgabe es wäre, den Verwaltungsapparat in Gang zu bringen, ist die soziale Grundversorgung quasi inexistent. Angestellte im Gesundheits- und Justizwesen haben beispielsweise ihre Arbeitsplätze angesichts der unsicheren Lage verlassen. Als Folge davon ist die Bevölkerung dort, was die Gesundheit betrifft, vollkommen sich selbst überlassen, und es hat sich eine „Siegerjustiz“ etabliert. Der Autor Patrice GOURDIN fasst die Lage in der ZAR wie folgt zusammen: eine nicht existente Nation, ein schlecht genutztes Potential, eine unglückliche Bevölkerung, koloniales Erbe, schlechte Regierungsführung und eine nicht vorhandene Demokratie.

Seit Beginn der Krise 2012 hat die internationale Gemeinschaft, abgesehen von der Mobilisierung der CEMAC (zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) und der CEEAC (Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten), nur wenig Interesse für dieses Land gezeigt. Der französische Staatspräsident François Hollande musste erst bei einem Treffen des französischen Präsidenten und der humanitären Gemeinschaft im Elysee-Palast im November 2013 für die chaotischen Verhältnisse in der Zentralafrikanischen Republik sensibilisiert werden. Anschließend beschloss Frankreich, sich aktiv an der Suche nach Lösungen der zentralafrikanischen Krise zu beteiligen. Dieses Desinteresse lässt sich mit der gleichzeitigen Krise in Mali und einer falschen Einschätzung des Ausmaßes der Krise sowie durch deren Komplexität erklären.

Angesichts des vollständigen Fehlens staatlicher Einrichtungen in nahezu dem gesamten Land, inkompetenter und unverantwortlicher Politiker, bewaffneter Gruppen, die allerorts wuchern und der Waffen, die überall im Umlauf sind, sowie einer sich selbst überlassenen drogensüchtigen oder manipulierten Jugend, droht die ZAR zu einem „failed state“ zu zerfallen.

Warum kommt es immer wieder zu neuen Krisen in der Zentralafrikanischen Republik? Wer waren die Hauptakteure der letzten Krise? Wie sehen die Lösungswege für diese Krise aus? Dies sind die Fragen, die diese Studie im Folgenden beantworten will.

1. Die strukturellen Ursachen der zentralafrikanischen Krise

Staatsstriche als Mittel, um an die Macht zu gelangen

Seit der Kolonialzeit scheint die ZAR nicht zur Ruhe gekommen zu sein. Das Land erlangte seine Unabhängigkeit am 13. August 1960 unmittelbar nach dem tragischen Tod des Gründungspräsidenten der Zentralafrikanischen Republik Barthélémy Boganda, der am 29. März 1959 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam. Mehrere Staatsoberhäupter lösten sich in der Folge an der Spitze dieses Landes ab, die meisten durch einen Staatsstreich. Nach dem Tod von Boganda übernahmen mehrere Staatschefs die Macht in der ZAR, aber alle - oder fast alle - zeigten große Ähnlichkeiten bei der Ausgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten: Klientelismus, Vetternwirtschaft, Korruption - mit einem Wort: schlechte Regierungsführung. Von Präsident DACKO, der nach dem tragischen Tod des Gründers der ZAR an die Macht kam, bis zur aktuellen Chefin der Übergangsregierung SAMBA PANZA, gelang es keinem der zentralafrikanischen

Staatschefs, diesem Land mit seinen gewaltigen Naturressourcen zu wirtschaftlichem Aufschwung zu verhelfen.

Wenige Tage nach dem Tod von Barthélémy Boganda wird der 29-jährige David DACKO zum Präsidenten der Republik gewählt. Am 1. Januar 1966 stürzt Jean Bédel Bokassa seinen Cousin David DACKO; am 20. September 1979 putscht David Dacko gegen Bokassa mit der Unterstützung Frankreichs durch die "Operation Barracuda"; am 1. September 1981 stürzt General André Kolingba den unpopulär gewordenen Präsidenten Dacko; am 22. Oktober 1993 wird Ange Félix Patassé gewählt, obwohl Kolingba (in der Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft äußerst umstritten) hartnäckig versucht, an der Macht zu bleiben; am 15. März 2003 putscht General Bozizé gegen Patassé mit Unterstützung der Befreier, die sich hauptsächlich aus Söldnern tschadischer Herkunft zusammensetzen; am 23. März 2013 stürzt Michel Djotodia Bozizé nach einer Offensive der Séléka-Koalition³ mit der Unterstützung tschadischer und sudanesischer Söldner; am 24. Januar 2014 wird Catherine Samba Panza vom Nationalen Übergangsrat (NTC) zur Übergangspräsidentin gewählt und tritt damit an die Stelle von Djotodia, der durch Angriffe der Anti-Balaka-Miliz zur Abdankung gezwungen worden war.

Neben den zahlreichen Putschen wurde die zentralafrikanische Gesellschaft auch durch andere nicht weniger bedeutsame Ereignisse geprägt, bei denen manchmal auch die subregionale Gemeinschaft involviert war.⁴

Als Reaktion auf die Übergriffe der Séléka-Kämpfer bildete sich die Anti-Balaka (eine Selbstverteidigungsgruppe aus Bauern und einigen Soldaten der FACA – „Forces Armées Centrafricaines“, zentralafrikanische Armee) ausgehend von der Region Bossangoa, der Heimatregion von General Bozizé. Der Modus Operandi dieser neuen Bewegung waren Angriffe gegen die Stellungen der Séléka und vor allem die Ermordungen muslimischer Zivilisten. Der Großangriff auf die Hauptstadt Bangui vom 5. Dezember 2013 bildete den Ausgangspunkt für wechselseitige Massaker, die zur gewaltsamen Amtsenthebung von Präsident Djotodia und dem Rückzug der Séléka aus Bangui führten.

Durch die Präsenz der internationalen Sicherheitskräfte ist seit Mai 2014 allmählich eine Beruhigung der Lage in der Hauptstadt Bangui und in einigen Städten des Hinterlandes zu beobachten (Bouar, Bozou, Berbérati, Carnot). Dies geht einher mit einem Rückgang der gegenseitigen Ermordungen und der Gewalt zwischen den Konfessionen.

Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Bangui seit dem 7. Oktober 2014 zwischen Anti-Balaka-Kräften und bewaffneten Männern in PK5 (ein mehrheitlich muslimisches Viertel im 3. Bezirk von Bangui) unterstreicht die Komplexität der Lage, aber vor allem die Grenzen der Interventionsstrategien der internationalen Kräfte, deren Handlungsträgheit allmählich heftige Kritik innerhalb der Gemeinschaft auf sich zieht.

³Die Séléka, was in der Landessprache Sango „Allianz“ bedeutet, war eine Koalition der Rebellengruppen CPSK, CPJP und UFDR, denen sich einige Kämpfer des tschadischen Rebellenführers Baba Laddé, Straßenräuber sowie tschadische und sudanesischer Söldner anschlossen.

⁴Zu nennen wären unter anderem die Meutereien eines Teils der zentralafrikanischen Armee 1996 bis 1998, der misslungene Putschversuch vom 29. Mai 2001 von General Kolingba oder die Rebellion Bozizés im Oktober 2002.

Die wiederkehrenden Krisen in der Zentralafrikanischen Republik wirkten sich seit Ende der 1980er Jahre auch auf die Bildung aus. Es gab zahlreiche so genannte „weiße Jahre“, Jahre, in denen größtenteils kein Unterricht stattfand. Daher verließen viele Jugendliche in der Zentralafrikanischen Republik die Schule, um in der Landwirtschaft und dem Einzelhandel zu arbeiten. Andere machten nichts als herumzulungern, viele dieser Jugendlichen sind heute erwachsen und zentrale Akteure bei den Ereignissen in der Zentralafrikanischen Republik.

Die historischen Ursachen der zentralafrikanischen Krise

Die anhaltenden Konflikte in diesem Land haben ihre Wurzeln in der Geschichte, aber auch in der Soziologie dieses Volkes.

Zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert wurde das Land immer wieder Opfer der Raubzüge von Sklavenjägern, die vom Osten kamen, später begann die Islamisierung und Kolonialisierung. Die Geschichte der Besiedelung Zentralafrikas hängt mit diesen Ereignissen zusammen.

Die Banda und die Gbaya beispielsweise, die heute mehrheitlich die Bevölkerung der ZAR bilden, kamen in die heutige Zentralafrikanische Republik auf der Flucht vor Sklavenjägern. Die Banda flohen Mitte des 19. Jahrhunderts aus Darfur vor den Angriffen der Sultane von Ouaddaï und Darfur. Um 1820 flüchteten die Gbaya vor den Attacken des Lamido (Herrscher) Ousman dan Fodio aus dem Königreich der Fulbe in Adamawa (im Norden Kameruns) in die heutige Zentralafrikanische Republik.

Ebenso hinterließ die Kolonialisierung im zentralafrikanischen Volk nachhaltige Spuren durch Repressionen und Zwangsarbeit, etwa auf den Baumwollplantagen oder beim Bau der Kongo-Ozean-Eisenbahnstrecke.

Diese historischen Ereignisse haben im Unterbewusstsein der Zentralafrikaner Narben hinterlassen, die von Generation zu Generation weitergegeben wurden. Einige gewalttätige Übergriffe auf bestimmte Personengruppen, die das Land derzeit erlebt, hängen mit historischen Traumata zusammen.

So wurde die ZAR besiedelt, indem bestimmte Ethnien sich auf der Flucht vor muslimischen Sklavenjägern aus Westafrika dort niederließen. Dies schürte bei den nicht-islamischen Zentralafrikanern die unterbewusste Angst vor dem „Mann mit dem großen Boubou“, (Boubou = westafrikanisches Männergewand, eine Umschreibung für Muslime). Darüber hinaus wurden Muslime nicht an der Regierung des Staates beteiligt. Ein anschauliches Beispiel für die Benachteiligung ist auch die Verpflichtung einiger muslimischer Zentralafrikaner, ihren Namen zu christianisieren. Präsident NDOTODIJA beispielsweise wurde gezwungen, den christlichen Vornamen „Michael“ anzunehmen, um ein Stipendium für die damalige UdSSR zu erhalten.

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit vor nun bereits 54 Jahren hat das Land trotz einiger „ruhiger“ Jahre Anfang der 1970er und 1980er Jahre nur bewegte Zeiten erlebt.

Die Situation erreichte ihren Höhepunkt mit der Machtübernahme durch General Kolingba 1981, der dieses Land gemeinsam mit seinem Clan führte, auch wenn man zwischen 1982 und 1987 eine gewisse Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes beobachten konnte.

Durch die aufeinanderfolgenden Regime von Patassé, Bozizé, Djotodia und heute Cathérine Samba Panza wurde die Lage nur verschlimmert.

Obwohl Patassé 1993 der einzige demokratisch gewählte Präsident war, führte er sich wie ein Clan-Chef auf. Er begünstigte seine Entourage und tat genau dasselbe, was man seinem Vorgänger vorgeworfen hatte. Die demokratische Inthronisierung wurde von Präsident Patassé und dessen Gefolgschaft als ein Blankoscheck gesehen, um sich genau entgegen den demokratischen Prinzipien zu verhalten, die ihn an die Macht gebracht hatten. Die schlechte Regierungsführung brachte das Land an den Rand des Ruins. Er selbst wurde als Person nicht sehr geschätzt. Ausgeschlossen von der Internationalen Finanzgemeinschaft fehlten der ZAR unter der Führung von PATASSE die erforderlichen Impulse, um dem Land zu sozialer Stabilität zu verhelfen. Die wachsenden Gehaltzahlungsrückstände führten die Verwaltung in eine Sackgasse und begünstigten die Entwicklung von Überlebensreflexen - eine vorsichtige Umschreibung für die Korruption, die sich wie ein Krebsgeschwür in der ZAR ausbreitete.

Jeder einzelne Führer des Landes verfolgte nur seine eigenen Interessen, was nur eine weitere Plünderung der kargen Mittel des Landes zur Folge hatte. Die Veruntreuung öffentlicher Gelder und der Ausverkauf von Staatseigentum (bewegliches und unbewegliches Vermögen, Ausrüstung und Fahrzeuge) wurden ein Mittel der Staatsführung, verstärkt durch eine völlige Straffreiheit der Täter. Hinzu kam die Korruption⁵, die auf allen staatlichen Ebenen stattfand, vor allem im Rechts- und Justizwesen.

Die Ausgrenzung eines Großteils der Bevölkerung und vor allem die Vernachlässigung der mehrheitlich muslimischen Region im Nordosten (Bamingui-Bagoran und Vakaga) und im Westen (Haut-Mbomou) durch die verschiedenen Regime führten zur Bildung bewaffneter Gruppen, die das Land destabilisierten.

Zudem bezogen zwei bewaffnete ausländische Gruppierungen auf zentralafrikanischem Gebiet Stellung:

Anfang 2011 wurde der „Front populaire pour le redressement“ (Volksfront für Wiederaufrichtung, FPR) von Baba Laddé, einem früheren Offizier der tschadischen Gendarmerie, gegründet und die „Armée de Résistance du Seigneur“ (Widerstandsarmee des Herrn, LRA) des ugandischen Rebellenführers Joseph KONY.

Die meisten der bewaffneten Banden ließen sich im Norden des Landes nieder. Neben der „Armée populaire pour la restauration de la république et la démocratie“ (Volksarmee zur Wiederherstellung der Republik und der Demokratie, APRD), der „Union des forces démocratiques pour le rassemblement“ (Union Demokratischer Sammlungskräfte, UFDR) und der „Révolution et Justice“ (Revolution und Gerechtigkeit, RJ), setzen sich die übrigen größtenteils aus der hauptsächlich muslimischen Bevölkerung in den nordöstlichen Regionen zusammen (Bamingui-Bangoran und Vakaga). Ihre ursprünglichen Forderungen bezogen sich auf Mitspracherecht in den

⁵ In ihrem Jahresbericht über den Korruptionswahnehmungsindex ordnet die NGO Transparency International 176 Länder auf einer Skala ein, wobei die ZAR auf Rang 144 von 180 Ländern landet, gemeinsam mit dem Kongo und der Demokratischen Republik Kongo.

Entscheidungsgremien und vor allem auf die Beendigung der Ausgrenzung. Weiterhin setzten sie sich für ein Ende der Schikanen gegen Muslime von Seiten der Behörden und der Polizei ein und arbeiteten gegen die Infragestellung ihrer Staatsangehörigkeit aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit. Während der Amtszeit von Bozizé spitzte sich die Lage zu. Seit Dezember 2012, dem Beginn der Séléka-Offensiven, wurden mehrere Übergriffe, Verbrechen und Morde von der Präsidentengarde und den Milizen gegen die Bevölkerung in Ouham Pendé durch Leutnant Ngaï Koisset (alias der Schlächter von Paoua) verübt. Die Opfer waren Muslime, von denen einige aus dem Norden stammten.

Eine der Ursachen für die jüngste Krise, mit der die Positionierung der Séléka im Norden gerechtfertigt wurde, ist die Lage der Muslime in der Zentralafrikanischen Republik. Dies wiederum lieferte den Grund für die Positionierung christlicher Milizen, die mit Gewalt gegen muslimische Gemeinschaften vorgingen. Bereits seit mehreren Jahren wurden Debatten – auch im zentralafrikanischen Parlament – darüber geführt, dass die Muslime in der Zentralafrikanischen Republik keine Zentralafrikaner seien oder dass der Islam keine zentralafrikanische Religion sei, was nur schwer zu begreifen ist. Allerdings hatte man solchen Debatten kaum Aufmerksamkeit geschenkt, noch hatte dies entsprechende Maßnahmen zu Folge. Durch die Übergriffe der Séléka (Gewalt gegenüber der nicht-muslimischen Bevölkerung und Plünderung der Kirchen) wurde die Antipathie gegenüber den Muslimen noch verstärkt.

Der Einfluss der Subregion: Tschad und Sudan

Die verschiedenen Krisen im Tschad und im Sudan, die Konflikte in der DR Kongo und in Uganda hatten sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen auf die Zentralafrikanische Republik:

Seit den 1960er Jahren führten die Bürgerkriege im Tschad zu Bevölkerungsmigrationen in Richtung ZAR. Unter den Flüchtenden waren auch frühere Rebellen oder Gegner des jeweiligen Regimes. Erst vor kurzem ließen sich beispielsweise zahlreiche Flüchtlinge und Gegner des Regimes von Idris Déby (Moïse Kétté, Baba Ladé, Adoum Yacoub, etc.) in der ZAR nieder. Einige fanden entlang der Grenze oder in den Großstädten ein neues Zuhause, andere hingegen kamen nach Bangui und siedelten sich dort meist im Distrikt PK5 (großes Viertel im Süden von Bangui) oder PK12 (großes Viertel am Nordausgang von Bangui) an. Der Grund hierfür war, dass es in diesen beiden Stadtvierteln bereits eine große Präsenz von Personen aus dem Tschad gab. Meist betrieben diese Flüchtlinge Geschäfte (verschiedene gewerbliche und Handelstätigkeiten). Einige der Zugezogenen aus dem Tschad waren jedoch direkt oder indirekt an der Machtergreifung durch Bozizé 2003 und an der Machtübernahme der Séléka 2014 beteiligt.

Zu bedenken ist auch die Beteiligung des Tschad am Einsatz der Afrikanischen Union zur Stabilisierung der Lage in der Zentralafrikanischen Republik in Form von Truppen. Der Tschad stellte das größte Kontingent der Einsatzkräfte. Allerdings wird und wurde den Soldaten aus dem Tschad wiederholt vorgeworfen, mit der Séléka zu sympathisieren und vor allem auch an Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung beteiligt gewesen zu sein.

Durch die Kriege im Sudan (mit der Rebellion unter Anführer John Garang in Darfur) kamen Tausende von Flüchtlingen in die Zentralafrikanische Republik. Weiterhin hatte der Konflikt in Darfur auch Auswirkungen auf die Krisen in der Zentralafrikanischen Republik. Zwischen den

Rebellenführern von Darfur, den tschadischen Oppositionellen gegen Déby und einigen Rebellen aus der Zentralafrikanischen Republik, wie beispielsweise Abdoulaye Miskine, und den Anführern der UFDR und der CPJP wurden Annäherungen beobachtet. Die Präsenz mehrerer sudanesischer Söldner (Dschandschawid aus Darfur und andere arabische Bevölkerungsgruppen des Sudans) ist bezeichnend dafür. Auch die Waffen der zentralafrikanischen Rebellengruppen stammten aus dem Sudan.

Die Konflikte in der DR Kongo mit der Rebellion des MLC („Mouvement de Libération du Congo“ - kongolesische Befreiungsbewegung) unter Anführer Jean Pierre Bemba an der südlichen Grenze der Zentralafrikanischen Republik hatten schwerwiegende Folgen. Neben der Durchlässigkeit der Grenzen zwischen diesen beiden Ländern und vor allem der Nähe der Gemeinden an beiden Grenzen bekam die ZAR den kongolesischen Konflikt direkt zu spüren, einmal durch die Beteiligung der Rebellen des MLC an den zentralafrikanischen Konflikten, aber auch durch den Waffenhandel zur Versorgung der bewaffneten Gruppen in diesem Land.

Der Konflikt in Uganda mit der „Lord's Resistance Army“ (LRA) von Josph Kony destabilisierte die Nachbarstaaten (Sudan und DR Kongo) und dehnte sich bis in den Südosten der Zentralafrikanischen Republik aus, wo sich diese bewaffnete Bewegung, von Ugandas Machthabern verfolgt, niederließ, um dort Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung zu verüben. Durch das Unvermögen der bereits durch die verschiedenen Rebellionen geschwächten Zentralregierung in Bangui und eine unfähige und schlecht ausgerüstete Armee wurde die Position der LRA weiter verstärkt. Im Osten der ZAR befindet sich derzeit ein ugandisches Kontingent, um gegen Konys Rebellen zu kämpfen.

Die problematische Rolle des Tschad in der Zentralafrikanischen Republik

Die wiederkehrende Krisensituation in der Zentralafrikanischen Republik bewirkte die Entsendung subregionaler und internationaler Truppen (MISAB, MINURCA, FOMUC, FOMAC, MISCA) mit einem großen tschadischen Kontingent.

Bei den Soldaten aus dem Tschad (Soldaten der internationalen Kräfte, ehemalige Rebellen usw.), die in die ZAR kommen, wo es wie beschrieben eine große tschadische und vor allem muslimische Gemeinde gibt, bestehen häufig ethnische oder familiäre Zugehörigkeiten, die deren Annäherung rechtfertigen.

Auch wenn das Zusammenleben der christlichen und muslimischen Gemeinden immer relativ friedlich war, so lösten mehrere, manchmal geringfügige Ereignisse, Feindschaften gegenüber der muslimischen Gemeinde von Bangui aus:

1997 rief das massive Einschreiten des tschadischen Kontingents der MISAB die Ablehnung von Seiten der nicht-muslimischen „einheimischen“ Bevölkerung gegenüber der tschadischen Gemeinschaft hervor und dehnte sich größtenteils auch auf die zentralafrikanischen Muslime aus. Der Einsatz von Messern bei Schlägereien zwischen Muslimen (meist tschadischer Herkunft) und „Einheimischen“, die Menschenleben forderten, löste häufig gewalttätige Demonstrationen gegen die gesamte muslimische Gemeinschaft aus; die Verantwortung für ein negatives Tun eines einzelnen Muslimen wird häufig der gesamten muslimischen Gemeinschaft zugeschrieben, während die Verantwortung für die Tat eines Nichtmuslimen als Einzeltat gilt und auch so behandelt

wird. Die Verantwortung für Taten von Straßenräubern im Hinterland wurde häufig Muslimen zugeschrieben.

Die wiederkehrenden Konflikte zwischen Hirten und Bauern und vor allem durch tschadische Hirten, die jedes Jahr - häufig schwer bewaffnet - auf der Suche nach Weideland in den Süden kommen, haben sich im Laufe der Jahre vervielfacht; einige dieser Hirten ließen sich in der Zentralafrikanischen Republik nieder, vor allem in Bangui (in den Distrikten PK5, PK12 und PK13), behielten aber ihr aggressives Verhalten gegenüber ihren städtischen Nachbarn bei. Die immer wiederkehrenden Probleme bezüglich der Grundstücksgrenzen zwischen Muslimen und Christen in den Vierteln von Bangui waren Auslöser für solche Konflikte⁶.

Daneben bewirkten Migrationsphänomene das Abwandern mehrerer Generationen mit unterschiedlichen Verhaltensweisen in die Zentralafrikanische Republik. Während die muslimischen Migranten, die sich in der Kolonialzeit und unmittelbar nach der Unabhängigkeit in der Zentralafrikanischen Republik niederließen, sehr freundschaftliche Beziehungen zu den „einheimischen“ Christen oder Animisten unterhielten, so kamen ab den 1990er Jahren Hirtengemeinschaften aus dem Tschad, die häufig bewaffnet waren und sich gewalttätig gegenüber der Lokalbevölkerung verhielten. Diese ließen sich im Bezirk Km5 nieder und dominierten von da an den Vieh- und Einzelhandel, vor allem mit Secondhandwaren, Eisenwaren, Baumaterialien und Werkzeug.

Die Protagonisten und ihre verschiedenen Unterstützer

Obwohl das Land ab Oktober 2002, als Bozizé gegen Präsident Patassé putschte, bereits Bastion mehrerer Rebellenbewegungen war, erreichten die eigentlichen Aufstände erst ihren Höhepunkt unter dem Regime von Bozizé mit dem Entstehen mehrerer bewaffneter Bewegungen im Hinterland.

Die Séléka

Die Séléka-Koalition ist ein Zusammenschluss der Rebellenbewegungen CPSK, CPJP und UFDR, die sich mehrheitlich aus den muslimischen Gemeinschaften im Norden, aber auch ausländischen Söldnern - hauptsächlich aus dem Tschad und dem Sudan - zusammensetzen. Diese Gruppe finanziert sich aus mehreren Quellen. So leisten muslimische Geschäftsleute im In- und Ausland einen bescheidenen aber maßgeblichen Beitrag - meist in Form von Sachleistungen (Waffen, Satellitentelefone, Fahrzeuge, Lebensmittel usw.). Einige Beobachter sprechen weiterhin von einer Finanzierung dieser Bewegung durch den Diamantenhandel; einige Führer der Séléka waren bereits große Diamantenhändler und sind gute Kenner der internationalen Kreisläufe. Trotz des internationalen Embargos für zentralafrikanische Diamanten wird von mehr als 500.000 Karat zentralafrikanischen Diamanten berichtet, die auf betrügerische Weise außer Landes gebracht wurden. Es kursieren Vermutungen über eine Beteiligung des Tschad und des Sudans sowie einiger Golfstaaten, insbesondere Katar, an der Finanzierung der Séléka, die jedoch schwer zu beweisen

⁶ Der Grundstücksverkauf in der Zentralafrikanischen Republik ist gesetzlich nicht eindeutig geregelt. "Gewohnheitsrecht" und Gesetzestexte überschneiden sich. Meist wird der Grundstücksverkauf ohne das Wissen der zuständigen Behörden abgewickelt. So mussten mehrere Familien des Stadtviertels Km 5 wegen finanzieller Schwierigkeiten ihre Häuser an muslimische Nachbarn verkaufen, ohne dass die Behörden zuvor informiert wurden.

sind. Die Tatsache, dass der Séléka mehrere „Generäle“ und Offiziere aus dem Tschad bzw. dem Sudan angehören, ist jedoch ein deutlicher Hinweis in diese Richtung. Einer der Führer - und kein geringerer als Nourredine Adam - lebte lange Zeit in Katar und arbeitete dort im Sicherheitssektor.

Die Séléka wurden durch mehrere tschadische Söldner (Kämpfer des Rebellenführers Baba Ladé), Rebellen aus dem sudanesischen Darfur, aber auch durch Wegelagerer der Subregion verstärkt. Sie vergrößerte sich unter anderem durch die Integration junger Arbeitsloser aus den Städten und eroberten Dörfern.

Es sei darauf hingewiesen, dass ein Teil der lange Zeit marginalisierten muslimischen Gemeinschaft der Zentralafrikanischen Republik in der Séléka-Koalition ein Mittel sah, sich auf der politischen und militärischen Bühne des Landes zu behaupten.

Modus Operandi der Koalition waren Diebstähle, Plünderungen und Raubüberfälle, aber auch Ausschreitungen gegen die zivile und vor allem christliche Bevölkerung. Die Plünderungen gingen auf Kosten der Kirchengemeinden und anderer Kirchen, da die Séléka bei ihrem Vorstoß nach Bangui Priestern und Pfarrern ihre Fahrzeuge und ihr Hab und Gut entwendeten.

Der Durchmarsch der Séléka in den Städten und ihre Machtübernahme glichen einem Hurrikan. Plünderungen und Zerstörungen öffentlicher (Gebäude, Mobiliar, Fahrzeuge) und privater Güter und Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung waren an der Tagesordnung. Die regierenden Machthaber hatten die Lage nicht unter Kontrolle. Anarchie herrschte überall im Land.

Heute besetzt die Séléka-Koalition das Zentrum, den Osten und den Nordosten des Landes. Sie hat ihr Hauptquartier in Bambari, der größten Stadt im Zentrum des Landes eingerichtet, ihr Einflussbereich reicht bis in die Städte Dékoa, Kaga-Bandoro, Batangafo, Bria, Ndélé, Birao, Bangassou und Mobaye.

Die Anti-Balaka-Milizen

Die Anti-Balaka (abgeleitet von „Anti-Balle-AK47“, also „gegen die Gewehrkerne der AK47“; „Balaka“ bedeutet auf Sango aber auch „Machete“) waren ursprünglich eine Bürgerwehr, um die Straßenräuber zu bekämpfen. Angesichts der Ausschreitungen der Séléka-Kämpfer begannen jedoch einige Bauern aus Ouham, unterstützt durch Bozizé nahestehende Soldaten der zentralafrikanischen Armee FACA, die Stellungen der Séléka in der Region Bossangoa (eine Bozizé-Hochburg) und muslimische Zivilisten anzugreifen. Dies führte zu Dutzenden von Toten und Verwundeten. Die Anti-Balaka-Miliz, auch wenn sie Macheten und selbst zusammengezimmerter Gewehre einsetzt, wird von Berufsmilitärs ausgebildet und betreut. Die Gruppe wurde und wird vermutlich durch Bozizé, dessen Sohn Francis und Patrice Edouard Ngaissona⁷ (selbst ernannter Generalkoordinator der Anti-Balaka) finanziert. Die Anti-Balaka-Miliz breitete sich immer weiter in den Städten und Dörfern im Westen und Norden sowie in Bangui aus und übte Gewalt gegen muslimische Zivilisten aus, denen die Verbrüderung mit den Séléka-Kämpfern und der Diebstahl der Reichtümer des Landes vorgeworfen wurden.

⁷ Letzterer, ein Wasser- und Forsttechniker, erwarb ein Vermögen unter dem Regime von Patassé, vor allem aber mit Bozizé durch öffentliche Aufträge, die in der Mehrzahl nie ausgeführt wurden. Er wurde unter Patassé verhaftet und eingesperrt und kam erst nach der Machtergreifung durch Bozizé frei.

Die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden bewaffneten Bewegungen hatten ernste Auswirkungen für das Land. Man spricht von über 4.000 Toten⁸; einige Beobachter behaupten jedoch, die Bilanz sei vier- bis fünfmal so hoch, da bestimmte Gebiete für humanitäre Organisationen unzugänglich waren und sind, und einige Opfer notdürftig verscharrt wurden.

Außer den Tausenden von Toten hatten die Konflikte auch die Abwanderung der zivilen Bevölkerung ins Landesinnere oder die Flucht in die Nachbarstaaten zur Folge. Folgende Zahlen sind aufschlussreich: ca. 400.000⁹ Binnenvertriebene auf 35 Orte verteilt, sowohl in Bangui als auch in der Provinz; 418.448 Flüchtlinge in Nachbarstaaten, davon 236.685 in Kamerun; 95.326 im Tschad; 66.881 in der DR Kongo; und 19.556 in der Republik Kongo.

Bilanziert man, so hat die Krise vor allem den sozialen Zusammenhalt zwischen den christlichen und muslimischen Gemeinschaften zerstört. Die Gewalt und Grausamkeit der Tötungen und die Vernichtung von Hab und Gut beider Gemeinschaften waren ein strategisches Mittel, um die Moral des Feindes zu zerstören. So auch der Tenor in Reden zentralafrikanischer Politiker¹⁰, die immer wieder die Ursachen für die zentralafrikanische Krise und vor allem für die Ausschreitungen der Séléka-Kämpfer den als „Ausländer“ bezeichneten Muslimen zuschrieben.

Obgleich noch vor einiger Zeit ein Teil der zentralafrikanischen Bevölkerung die Anti-Balaka als Befreier von den Séléka-Eindringlingen betrachtete, so ist heute bei den meisten Ernüchterung eingeleitet angesichts des Ausmaßes der Ausschreitungen dieser Milizionäre in einem Großteil des Landes und vor allem in Bangui. Mehrere Stimmen wurden laut, die die Machenschaften der Anti-Balaka verurteilten, doch wurde nichts Konkretes unternommen, um das Ausmaß der Ausschreitungen und der Unsicherheit zu verringern.

2. Die verschiedenen Auswirkungen der zentralafrikanischen Krise

Wirtschaftliche, soziale und politische Auswirkungen

In der ZAR, diesem trotz seiner natürlichen Ressourcen (Wälder, Minen, landwirtschaftliche Nutzflächen, usw.) extrem armen Land, trugen die Krisen zu einer weiteren Verschlimmerung der Lage bei.

Das Land leidet bereits seit mehreren Jahrzehnten unter der schlechten Regierungsführung. Staatliche Einnahmen wurden von den verschiedenen Regierungen unterschlagen. Diese Lage wird noch verschärft durch Korruption und Straffreiheit.

Wirtschaftlich gesehen leidet die ZAR unter ihrer Binnenlage, was durch das schlecht ausgebaute und in schlechtem Zustand befindliche Straßenverkehrsnetz noch verstärkt wird. Am schlimmsten von der Krise betroffen ist der ohnehin archaische ländliche Sektor (Landwirtschaft und Viehzucht).

⁸ Zahlen der „Commission Episcopale Justice et Paix“ (Bischöfliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden) aus: <http://www.rjdh-rca.net/actualites/actualite/bangui-4007-victimes-des-violences-liees-aux-conflits-armes-enregistres-par-cejp.html>

⁹ www.unocha.org: Humanitäre Lage vom 7. Oktober 2014

¹⁰ Unter dem Druck der vorrückenden Séléka-Koalition bezichtigte Bozizé die muslimische Gemeinschaft anlässlich eines Treffens am 28. Dezember 2012 im Vorfeld des Gipfels in Libreville der Komplizenschaft mit der Séléka. Nach diesem Treffen wurden mehrere Muslime verhaftet und mit Macheten bewaffnete Milizen (CORORA und COAC) errichteten Barrieren in der Stadt - Milizen, die von Lévy Yakité und Steve Yambété, Vertraute Bozizés, geschaffen wurden.

Die Bevölkerung ist wegen der Auseinandersetzungen ständig auf der Flucht und nicht mehr in der Lage zu produzieren. Viele flüchteten in die vergleichsweise stärker gesicherten städtischen Zentren, wo Aufnahmezentren vorhanden sind.

Der bereits schwache Industriesektor fiel Plünderungen zum Opfer und wurde erheblich geschwächt. Die unsichere Lage im Bergbau bewog die französische Gesellschaft AREVA dazu, ihre Tätigkeit in den Uranminen von Bakouma einzustellen. Mehrere Diamantunternehmen, die bereits durch die Maßnahmen unter Bozizé geschwächt wurden, stellten ihre Aktivitäten ein. Auch die in der Region Bambari (Hochburg des Séléka-Führungsstabs) angesiedelte Zuckergesellschaft (SOGESCA) stellte ihre Tätigkeiten aufgrund der ständigen Angriffe durch bewaffnete Gruppen ein.

Was den Gold- und Diamantensektor betrifft, so wurde die ZAR durch den Kimberley-Prozess vom Handel ausgeschlossen, da die zentralafrikanischen Diamanten zur Finanzierung des Krieges im Land dienten. In der Folge bildeten sich Netzwerke für den Diamantenschmuggel über die Nachbarländer. Auch wenn es schwierig ist, exakte Zahlen über den Schmuggel zu erhalten, weisen doch einige Quellen darauf hin, dass über 80% der Jahresproduktion von 500.000 Karat (Bergbauministerium, 2012) auf illegalem Weg exportiert werden.

Diese Lage ist umso komplizierter, da die Diamanten in Handarbeit geschürft werden und es in den Schürfgeländen so gut wie keine Erzeugungsregister gibt. Wegen der fehlenden Verwaltung im Hinterland befinden sich die meisten der Schürfgelände im Osten unter der Kontrolle der Séléka, während die Diamantengebiete im Westen von den Anti-Balaka kontrolliert werden.

In gesellschaftlicher Hinsicht stirbt die zentralafrikanische Bevölkerung gerade einen Tod auf Raten. Die bewaffneten Gruppen setzten sich größtenteils aus der lange Zeit vernachlässigten Jugend zusammen. Diese Jugendlichen mit geringer oder gar keiner Schulbildung konsumieren Drogen und gelangen über die bewaffneten Gruppen zu Wohlstand. Die bewaffneten Banden sind die wichtigsten Rekrutierer dieser benachteiligten Jugend.

Die Bereiche Gesundheit und Bildung, mit bereits vorher alarmierenden Zahlen, erlitten durch die Plünderung und Zerstörung der Infrastruktur und den Weggang der Staatsbediensteten schwere Schäden. Einige Schulen des Landes sind seit 2012 geschlossen und die Schüler sind entweder dem Müßiggang überlassen oder Rebellen bzw. Milizionäre geworden. Bei den Arbeitsplätzen im Gesundheitsbereich sieht es ähnlich aus.

Hinzu kommen durch den Krieg verursachte Migrationsströme mit der Abwanderung von Bevölkerungsteilen ins Ausland oder ins Landesinnere, außerhalb ihres gewohnten Lebensraums und mit neuen schwierigen Lebensbedingungen.

Die innerethnischen/religiösen Auseinandersetzungen haben den sozialen Zusammenhalt zerstört und die Angst verschärft, neben einem Nachbarn einer anderen Religionszugehörigkeit zu leben. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass durch die immer häufiger beobachteten Neugruppierungen nach religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit eine Spaltung des Landes begünstigt wird und die Besinnung auf bzw. die Forderungen nach einer eigenen nationalen Identität unterstützt werden.

Mit Hinblick auf die Politik hat die Krise die politische Landschaft des Landes extrem durcheinandergewürfelt. Durch die Zunahme der Staatsstrieche wurde die Zusammensetzung der

politischen Parteien rein zufällig und inhaltslos. Man zählt über 70 Parteien in der Zentralafrikanischen Republik. Diese große Anzahl der Parteien führt zu einer weiteren Verschärfung der Krise. Einige sind auf nationaler Ebene überhaupt nicht vertreten und beschränken sich manchmal lediglich auf den Familien- oder Freundeskreis. Die Bildung dieser Parteien ist häufig motiviert durch das Streben nach Regierungs- oder Verwaltungsämtern.

Auch wenn man ungefähr fünf seriöse Parteien auf nationaler Ebene nennen kann, so ist deren Verhalten abhängig von den jeweiligen Ereignissen. Der leichtfertige Wechsel ins Lager des politischen Gegners ist in den Parteien an der Tagesordnung. Zwischen den Parteimitgliedern und ihren Führern sind Kämpfe um Posten zu beobachten.

Heute äußern sich die Parteien angesichts der starken Vermehrung der bewaffneten Gruppen aus Angst und wegen Drohungen kaum noch. Darüber hinaus sind politische Übereinkünfte mit den jeweiligen Machthabern oder bewaffneten Gruppen zum Nachteil des Volkes in der Zentralafrikanischen Republik allgegenwärtig.

Auf dem Höhepunkt der Krise, während das Volk massakriert wurde, war die Bildung mehrerer neuer Parteien im Vorfeld der nächsten Wahlen zu beobachten.

Die Armut des Landes und das geringe Bildungsniveau wirken sich auf die Zusammensetzung der politischen Klasse in der Zentralafrikanischen Republik aus und die häufigen Krisen haben diese nur weiter geschwächt. Die zögerliche Haltung und Unentschlossenheit bei der Einhaltung der Verpflichtungen in Bezug auf die Bewältigung der aktuellen Krise ist hierfür bezeichnend.

Ein politischer Analyst bekräftigt, dass *„wenn Präsidentin Samba-Panza den Umschwung, d.h. den erhofften Bruch, verkörpern könnte, würde die Transitionszeit bestimmt den Grundstein für soziale Reformen legen. Dies würde voraussetzen, dass die Transition unter Frau Samba Panza den Niedergang der Sippenwirtschaft, des Ethnozentrismus, des Egozentrismus, der Vetternwirtschaft, der „Familiokratie“ und den immerwährenden Ruf nach „tour ti é là“ (Jetzt sind wir dran) einläuten würde.“*¹¹

Die Auswirkungen der Krise in der Subregion

Die Krise in der Zentralafrikanischen Republik scheint sich aus den verschiedenen Krisen der Subregion zu ergeben. Laut Roland Marchal¹² (Forscher am Forschungszentrum CNRS/ für Politikwissenschaften in Paris) *„...muss die ZAR als die Peripherie der Peripherien gesehen werden, da sie die Auswirkungen des schlechten Konfliktmanagements in den Nachbarstaaten zu spüren bekommt: der endlose Krieg in Darfur, die wachsende Unzufriedenheit im Süden des Tschad, die Verbreitung der Boko Haram im Norden Kameruns und die chronische Instabilität im Osten der DR*

¹¹ <http://www.lesplumesderca.com/rca-du-tatonnement-des-autorites-de-bangui-a-linexplicable-sentiment-anti-francais>

¹² Roland Marchal : CAR and the regional (dis)order, 2014

Kongo“. Die Konflikte in der ZAR werden genährt durch Ereignisse, aber auch durch die Beteiligung bestimmter Akteure in den Nachbarstaaten.

Andererseits suchten durch diesen Konflikt in der ZAR Scharen von Flüchtlingen in den Nachbarstaaten Zuflucht, darunter auch einige bewaffnete. Der Tschad nahm Tausende von Flüchtlingen und Séléka-Kämpfern auf. Darunter befanden sich einige Kämpfer mit tschadischer Staatsangehörigkeit, die vor den Angriffen der Anti-Balaka-Milizen und der internationalen Kräfte flohen.

Kamerun, die Demokratische Republik Kongo und Kongo-Brazzaville boten Flüchtlingen, aber auch ehemaligen Soldaten aus Bozizés Armee Schutz, die vor den Ausschreitungen der Séléka flüchteten. Kamerun bleibt jedoch das Land, das weiterhin am stärksten die direkten und indirekten Auswirkungen dieser Krise zu spüren bekommt. Mehrere ehemalige Kämpfer der Anti-Balaka, Séléka, bewaffnete Fulbe oder die FDPC-Anhänger von Abdoulaye Miskine sind in Kamerun inhaftiert. Bewaffnete Gruppen fallen regelmäßig in bestimmten Dörfern und Städten Kameruns ein. Es wurde von mehreren Auseinandersetzungen zwischen zentralafrikanischen Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung im Osten Kameruns berichtet, die immer wieder zur Schließung der Grenze führten. Kamerun ist mit dem Hafen in Douala der einzige Zugangspunkt der ZAR zum Meer, und über dieses Land wird der Großteil der zentralafrikanischen Importe abgewickelt (Kraftstoff, lebensnotwendige Güter, Baumaterial und –gerät, usw.). Aufgrund der unsicheren und wirtschaftlich instabilen Lage der ZAR kommt es in Kamerun zu erheblichen Gewinneinbußen.

Durch die Einbindung der Staaten der Subregion in die Bewältigung der zentralafrikanischen Krise konnte der Zwist zwischen einigen Staatschefs aufgehoben werden, zwischen anderen nahm er zu.

Gabun unter Präsident Oumar Bongo hatte seit den Aufständen eines Teils der Armee 1996 eine wichtige Rolle als Vermittler in der Krise der Zentralafrikanischen Republik übernommen. Oumars Nachfolger, sein Sohn Ali, zeigt jedoch wenig Interesse daran und hat eher zu den Machtkämpfen zwischen Idriss Déby aus dem Tschad und Sassou Nguesso aus der Republik Kongo beigetragen und zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen Déby und Paul Biya angesichts Débys Verhalten gegenüber Bozizé und den Séléka-Rebellen.

Idriss Déby, der wichtigste Unterstützer Bozizés nach dessen Machtergreifung, hat sich zunächst bei der Bewältigung der Krise in der Zentralafrikanischen Republik profiliert. Doch das zweideutige Verhalten der tschadischen Truppen bei den subregionalen Streitkräften in der ZAR brachte diesen in Schwierigkeiten und machten ihn in den Augen seiner Gefolgsleute unparteiisch.

3. Die Herausforderungen der an der Bewältigung der zentralafrikanischen Krise beteiligten Akteure

Die Rolle der Akteure des Übergangprozesses

Der im Januar 2014 begonnene Übergangsprozess kennt drei Hauptakteure: die Präsidentin der Republik, die Übergangsregierung und den nationalen Übergangsrat (NTC).

Die Präsidentin der Übergangsregierung

Am 21. Januar 2014 wurde Frau Cathérine Samba Panza zur Präsidentin gewählt und mit der Führung des Landes bis zu den nächsten Wahlen (ursprünglich vorgesehen für Februar 2015) beauftragt. Zu ihren prioritären Zielen zählten die Befriedung des Landes, die Wiederherstellung der Staatsautorität und die Organisation der Wahlen.

Diese Ambitionen sind vor dem gegebenen Hintergrund zwar legitim und relevant, doch bleibt die Mobilisierung der Mittel, um dies zu erreichen eine große Herausforderung, da die Kassen leer sind, die Dienststellen der Finanzbehörden so gut wie funktionsuntüchtig und die kargen verfügbaren Mittel nicht zwangsläufig der Staatskasse zufließen. Finanzielle Hilfen von außen bleiben die einzig verfügbaren Finanzierungsquellen.

Bis heute ernannte Samba Panza zwei Premierminister, André Nzapayéké (25. Januar – 5. August 2014) und Mahamat Kamoun (seit dem 10. August 2014 im Amt), um die Übergangsregierung zu führen.

Außer der Regierung hat die Präsidentin eine ganze Reihe beratender Minister ernannt, was den Eindruck erweckt, dass sie sich ein präsidiales Schattenkabinett erschafft. Kritiker werfen der Präsidentin bei den Ernennungen zudem Sippenwirtschaft und Klientelismus vor.

Auch wenn ihre Ernennung gewisse Hoffnungen bei einem Großteil der Bevölkerung geweckt hatte, so wurde sie doch schnell von der politischen Klasse der ZAR in Frage gestellt, die ihr ihre mangelnde politische Erfahrung vorwarf. Politische Führer wie beispielsweise Joseph Bendounga von der MDREC („Mouvement Démocratique pour le Renouveau et l'Evolution de Centrafrique“) warfen ihr außerdem ihre Nähe zu Michel Djotodia vor und verlangten ihren Rücktritt.

Dachte man zunächst noch beobachten zu können, wie die politische Klasse der ZAR den Übergangsprozess unterstützend begleitet, so zeigte die Realität bald, dass die Politiker eher versuchten, die Aktionen der Präsidentin und ihrer Regierung zu torpedieren.

Eine weitere Herausforderung bleibt der Umgang mit den bewaffneten Gruppen (Anti-Balaka und Séléka), die weiter das gesamte Land zerstören. Auch wenn mit Hilfe der internationalen Streitkräfte in einigen Vierteln der Hauptstadt Bangui eine relative Ruhe eingekehrt ist, so bleibt die Lage in der Provinz doch beunruhigend. Der Präsidentin wird mangelnde Entschlossenheit gegenüber diesen bewaffneten Gruppen vorgeworfen.

Die Diskussion darüber, ob es der Präsidentin gelungen sei, ihre ursprünglichen Ziele zu erreichen, ist ziemlich komplex. Nachdem sie ihre erste Regierung gebildet hatte, sah man dort mehrere Führungspersönlichkeiten, die aus ihrer Region stammten. Dies stieß auf Kritik, sowohl von Seiten der politischen Klasse als auch der Zivilbevölkerung. Das Volk erwartete eine radikale Veränderung

und nicht die Beibehaltung alter Gewohnheiten. Zudem wurden Posten sowohl in der Präsidentschaft als auch im Premierministeramt an Ex-Séléka-Kämpfer sowie an die Anti-Balaka verteilt. Dies hinterließ bei der Bevölkerung einen bitteren Nachgeschmack. Sie musste feststellen, dass die Peiniger von einst nicht belangt wurden, sondern an die Macht kamen, ohne behelligt zu werden. Und das trotz der Beschwörungen der internationalen Gemeinschaft, die von einem Kampf gegen die Straffreiheit spricht.

Da ihr ferner aufgrund der Nicht-Aktivierung der zentralafrikanischen Streitkräfte kein einschneidendes Instrumentarium zur Verfügung steht, fehlte und fehlt der Chefin der Übergangsregierung noch immer ein Druckmittel, um die Staatsautorität wiederherzustellen.

Die Übergangsregierung

Seit dem letzten Quartal 2012 gab es mehrere Übergangsregierungen in der ZAR. Gegen Ende des Bozizé-Regimes setzte die CEEAC (Gipfelreffen in Brazzaville am 23. Juli 2012) unter dem Druck des Vormarsches der Séléka-Koalition eine Übergangsregierung unter der Führung des Rechtsanwalts Nicolas Tiangaye ein. Nach dem Sturz von Bozizé, der am 24. März 2013 von der Séléka geschasst wurde, behielt man Premierminister Tiangaye im Amt. Er führte den Übergangsprozess noch einige Monate fort. Da Michel Djotodia und die Regierung Tiangaye nicht in der Lage waren, die Séléka-Rebellen in Schach zu halten, die im ganzen Land Chaos und Unsicherheit verbreiten, sahen sich die Staatschefs der CEEAC bei dem Gipfeltreffen in Ndjaména am 10. Januar 2014 veranlasst, den Rücktritt Djotodias und von dessen Premierminister zu fordern.

Mit der Ernennung von Cathérine Samba Panza wurde André Nzapayéké zum Premierminister ernannt, der eine sogenannte Regierung von „Technokraten“ einsetzte. Diese Regierung wurde aber sehr bald von der politischen Klasse, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft in Frage gestellt.

Da diese Regierung nach 6 Monaten Amtszeit als wenig repräsentativ und vor allem inkompetent beurteilt wurde, ernannte man nach dem Gipfel in Brazzaville am 23. Juli 2014 einen neuen Premierminister, Mahamat Kamoun.

Heute hat sich die neue Regierung Folgendes zur Aufgabe gemacht: den Frieden und die Sicherheit der Bürger und der Güter durch die Beseitigung aller außer Kontrolle geratenen bewaffneten Gruppen wiederherzustellen und den Schutz der Zivilbevölkerung in der gesamten ZAR zu gewährleisten; Vertriebenen Hilfestellung zu geben und deren Rückkehr und erneute Niederlassung zu fördern; für die Wahrung der Menschenrechte, des Pluralismus und der Freiheit der Bürger zu sorgen; Wahlen vorzubereiten und zu organisieren; die Streit- und Sicherheitskräfte neu zu organisieren; die territoriale Verwaltung wieder funktionstüchtig zu machen; das Rechtssystem zu reformieren; den Prozess der „Demobilisierung -Entwaffnung – Reintegration“ (Désarmement, Démobilisation, Réinsertion - DDR) und die Reform des Sicherheitssektors (Réforme du Secteur de la Sécurité - RSS) mit Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft fortzusetzen; und schließlich wirtschaftliche und soziale Reformen einzuleiten.

Große Ambitionen und eine äußerst schwierige Aufgabe für die Regierung, da diese bereits seit ihrer Ernennung von einigen bewaffneten Gruppen und einem Teil der politischen Klasse wegen fehlender

Repräsentativität und Ausgewogenheit angegriffen wurde. Die bewaffneten Gruppen (Anti-Balaka und Séléka) sehen sich als unterrepräsentiert oder beanspruchen bestimmte so genannte „Souveränitätsministerien“, wie beispielsweise Verteidigung und Sicherheit, Finanzen oder Bergbau. Um den Hintergrund dieses Sachverhalts besser zu verstehen, sollte daran erinnert werden, dass die internationalen Kräfte im Land auf der Grundlage von Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen stationiert wurden und ihnen der Auftrag erteilt wurde, den Frieden - wenn nötig auch mit Gewalt - durchzusetzen. Nun ist es aber so, dass dieser Auftrag vor Ort nicht ausgeführt wird, was in Brazzaville die Einberufung des zigsten Gipfels über die ZAR zur Folge hatte. Die bewaffneten Gruppen, die bekämpft und außer Gefecht gesetzt werden sollten, gingen mit der Unterzeichnung der Vereinbarungen über die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den Ex-Séléka-Rebellen und den Anti-Balaka-Milizen als „Sieger“ aus diesem Forum hervor. Letztendlich hatten und haben diese Gruppen nach wie vor eine starke Machtposition in der ZAR, welche ihrer tatsächlichen Machtposition auf dem Terrain durchaus entspricht.

Eine der Herausforderungen der jetzigen Regierung ist die Wiederherstellung der Sicherheit in Bangui und im Hinterland. Die Regierung ist aber nicht in der Lage, die zentralafrikanische Regierungsarmee (Forces Armées centrafricaines, FACA), von denen einige zu den Milizen der Anti-Balaka und der Séléka gehören, wieder aufzubauen. Die internationalen Streitkräfte (Sangaris, Eufor und Minusca) mühen sich vergeblich damit ab, die Sicherheit wiederherzustellen. Dies führte auch zur Kritik der internationalen Gemeinschaft, die den Streitkräften Gleichgültigkeit und Schwäche gegenüber den bewaffneten Gruppen vorwirft. Im Hinblick auf die unsichere Lage im gesamten Land sei daran erinnert, dass über die zentralafrikanische Armee in der Resolution 2127 der Vereinten Nationen ein Embargo verhängt wurde angesichts der Ausschreitungen der damals machthabenden Séléka gegenüber der Zivilbevölkerung. Nach dem Rücktritt von Präsident Djotodia wurde dieses Embargo in der Resolution 2149 fortgesetzt. Es wurde die Einrichtung der Minusca beschlossen, da die zentralafrikanische Armee FACA nicht wieder eingesetzt worden war. Zudem verfügte die Übergangsregierung nicht über die Mittel, um die Milizen der Anti-Balaka und der Séléka zu bekämpfen, die weiter Ausschreitungen verübten. Die Ex-Séléka kontrolliert einen Großteil des Nordens sowie des Südostens der ZAR, während die Anti-Balaka den Westen und Südwesten kontrollieren. Da die regulären zentralafrikanischen Streitkräfte nicht einsatzbereit sind, ist das Land den Plünderungen und Ausschreitungen durch die beiden bewaffneten Gruppen ausgeliefert. Angesichts dieser unsicheren Lage zogen sich beinahe alle Staatsbediensteten in die Hauptstadt Bangui zurück und überließen das restliche Land seinem Schicksal. Die internationalen Kräfte, die eigentlich im gesamten Land stationiert sein sollten, sind es noch nicht und anstatt ihre Macht einzusetzen, um die negativen Kräfte zu neutralisieren, ziehen sie es vor, zu verhandeln, was bei der Bevölkerung auf wenig Verständnis trifft.

Angesichts einer nicht existenten Armee, einer auf Bangui und in geringerem Umfang auf Bouar beschränkten Schattenadministration¹³, leeren Staatskassen und der Neigung der Führer, sich die Taschen mit den mageren Ressourcen zu füllen, die die internationalen Partner und die Partner der Subregion zur Verfügung stellen, ist jegliche Polemik um die Veruntreuung eines Teils (2,5 Millionen USD) der Hilfszahlung aus Angola in Höhe von 10 Millionen US-Dollar durch die Übergangspräsidentin dafür nur ein Beispiel von vielen.

¹³ Wenn überhaupt die notwendige Infrastruktur vorhanden ist, dann sind häufig die Staatsbediensteten nicht da. Seit dem 24. März 2014 – dem Datum der Machtergreifung durch die Séléka-Koalition – bemüht man sich die Verwaltung wieder einzusetzen.

Hinzu kommen die Führungsmachtkämpfe mit dem nationalen Übergangsrat NTC. Seit Beginn des Übergangsprozesses im März 2013 kam es zu offenen Konflikten zwischen dem NTC und den beiden Institutionen der Exekutive, die Unbehagen weckten und vor allem jeden kohärenten Vorstoß des Übergangsprozesses blockieren. Man hat den Eindruck, als befassten sich die Akteure des Übergangsprozesses eher mit der Führerschaft, als damit, Kräfte zu bündeln, um das Land aus der Spirale der Gewalt zu befreien und Wahlen vorzubereiten.

Der nationale Übergangsrat

Da die einstige Nationalversammlung von den Séléka-Machthabern aufgelöst worden war, wurde ein Übergangsrat eingesetzt (NTC), um die Rolle des Übergangsparlaments zu übernehmen unter der Führung von Alexandre Nguendet,¹⁴ einem früheren Abgeordneten des 5. Bezirks von Bangui, der dem früheren Präsidenten Kolingba (Präsident des „Rassemblement Démocratique Centrafricain“) und Michel Djotodia nahestand. Seit der Machtergreifung Djotodias war er einer der ersten, der ihn unterstützte. Der innerhalb der politischen Klasse äußerst umstrittene Präsident des NTC umgab sich im Kabinett des NTC mit zweifelhaften Personen, von denen einige ein langes Strafregister haben¹⁵. Seit der Abdankung Djotodias im Januar 2014 war Alexandre Nguendet vom 10. bis 20. Januar 2014 Interimspräsident bis zur Ernennung von Catherine Samba Panza.

Seine Führung im NTC wird von der politischen Klasse und der Zivilgesellschaft, aber auch innerhalb des NTC kritisiert. Man wirft ihm vor, einen reibungslosen Übergangsprozess durch seine zahlreichen Stellungnahmen und hetzerischen Äußerungen gegenüber der Übergangspräsidentin und der Regierung zu behindern.

Einige politische Führer und Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft fordern eine Neugründung des NTC und eine Umbesetzung des Büros. Nach ihrer Auffassung ist dieses Organ der derzeitigen Lage nicht angemessen, da es unter dem Séléka-Regime aufgestellt wurde.

Im Grunde genommen hat der NTC augenscheinlich die Merkmale eines parlamentarischen Organs, ohne die erforderliche Substanz aufzuweisen. Die Ernennungen erfolgten in Bangui, mit Instanzen, die meist nicht die Legitimation besaßen, um das Hinterland zu repräsentieren, sondern vielmehr damit befasst waren, an den Staatsangelegenheiten mitzuwirken, um dort Mittel abzuziehen. Um diesen Gewaltstreich zu legalisieren, erhielt die Struktur des NTC einen demokratischen Anstrich, auch wenn daran nur der Name die Bezeichnung demokratisch verdient.

Diese Abstrusität setzt sich bei der Anzahl der Nationalräte fort. Anfangs hatte man in Anlehnung an die Anzahl der Abgeordneten in der Nationalversammlung 105 Nationalräte festgelegt. Nach Protesten einiger gesellschaftlicher Gruppen wurde diese Zahl beim Gipfel der zentralafrikanischen Staatschefs in N'djamena auf 135 erhöht. Unnötig zu erwähnen, dass diese Institution nicht vom Volk ausgeht und die Abläufe dort weit von den gängigen Standards entfernt sind. Und schließlich müsste man sich im Falle einer Auflösung an den internationalen Mediator, den kongolesischen Präsidenten SASSOU NGUESSO wenden. Und bei der sicheren Verlängerung der Amtszeit der Präsidentin, deren Ablauf ursprünglich für den 15. Februar vorgesehen war, sieht die Verfassung

¹⁴ Alexandre Nguendet ist ein zentralafrikanischer Politiker und Vorsitzender einer Partei, des Rassemblement pour la République (RPR).

¹⁵ Wie sein Kabinettschef wurden mehrere Personen, die im Kabinett des Präsidenten des NTC arbeiten und einige nationale Berater der Unterschlagung öffentlicher Mittel aus dem Telekommunikationsbereich bezichtigt. Doch wie üblich wurden sie nie behelligt.

ebenfalls die Befassung des internationalen Mediators mit diesen Dingen nach einer groß angelegten Volksbefragung vor.

Die demokratische Opposition

Die politische Klasse in der Zentralafrikanischen Republik umfasst ca. 70 Parteien, wovon rund zwanzig während dieses Übergangsprozesses im Hinblick auf eine Teilnahme an den nächsten Wahlen gegründet wurden. Die wichtigsten Parteien sind die MLPC (Befreiungsbewegung des zentralafrikanischen Volkes, „Mouvement de libération du peuple centrafricain“) von Martin Ziguélé, die RDC (Demokratische Vereinigung Zentraafrikas, „Rassemblement Démocratique Centrafricain“) des früheren Präsidenten Kolingba, die KNK (Sango für „Arbeit, nur Arbeit“, Kwa na Kwa) von Bozizé und die MDREC („Mouvement démocratique pour la renaissance et le renouveau de la Centrafrique“) von Joseph Bédounga.

Der größte Teil der Parteien lehnte sich zwar trotz der Bedrohungen und Ermordungen durch seine Leibgarde vehement gegen das Bozizé-Regime auf, zeigte sich jedoch gegenüber dem Djotodia-Régime schwach. Dies lässt sich durch die Angst aufgrund der Gewalttätigkeit der Séléka erklären.

Auch haben sich die Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen durch die Zweideutigkeit der Äußerungen der Politiker noch verschärft, denn die geschickte von der politischen Klasse und einem Teil der Zivilbevölkerung aufrechterhaltene Verbindung zwischen den Séléka und der muslimischen Gemeinschaft in der Zentralafrikanischen Republik führte zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Die Positionierung der politischen Klasse wurde häufig durch die Nominierungen verantwortungsvoller Posten (Minister usw.) gehemmt, um so durchaus berechnete Forderungen zu unterminieren.

Der Beitrag der politischen Klasse Zentralafrikas im derzeitigen Übergangsprozess scheint ein ungehemmter Kampf um die kommenden Wahlen zu sein. Stellungnahmen im Hinblick auf die Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung oder die „Governance“ der bestehenden Institutionen sind selten. Viele Zentralafrikaner hätten sich eine Mobilisierung der politischen Klasse gewünscht, um die Übergangsinstitutionen auf dem Weg hin zu einer angemessenen Lösung des Konfliktes zu begleiten und den Weg für eine Rückkehr zur verfassungsmäßigen Legalität zu bereiten.

Die Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft – wenn auch jung und in der Entstehung begriffen – zeigt sich mutig, indem sie beginnt, die Machenschaften der Séléka zu denunzieren und vor allem Druck auszuüben, damit bestimmte Maßnahmen vonseiten der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf eine Bewältigung der zentralafrikanischen Krise getroffen werden.

Zu nennen sind Initiativen von Seiten der Kirchen, hauptsächlich durch die drei Vertreter der wichtigsten Religionsgemeinschaften des Landes: der Erzbischof von Bangui, der Imam Vorsitzender der muslimischen Gemeinschaft der Zentralafrikanischen Republik, und der Vertreter der evangelischen Kirchen. Diese drei Persönlichkeiten und viele weitere arbeiten hart für eine Versöhnung zwischen den Gemeinschaften und für den sozialen Zusammenhalt.

Mehrere internationale Organisationen (die Organisationen der Vereinten Nationen, Weltorganisation für Immigration, World vision, Search for common ground, etc.) und lokale Organisationen (Collectif 236-Km5, Organisationen der Frauen und der Jugend, religiöse Organisationen) entstehen und starten Initiativen für den Zusammenhalt zwischen den Gemeinschaften. Es ist jedoch ein Mangel an Koordination zwischen diesen Initiativen zu verzeichnen, da sie letztendlich isoliert zu sein scheinen.

Trotz fehlender Mittel kämpft die Zivilgesellschaft und behauptet sich ungeachtet der Einschüchterungen und Todesdrohungen.

Aber wie am Beispiel der politischen Klasse, ist opportunistisches Verhalten auch innerhalb der Zivilgesellschaft an der Tagesordnung. Einziges Ziel einiger Führungspersonlichkeiten der Zivilgesellschaft ist es, sich Posten in der Regierung oder Verwaltung zu sichern.

Die Herausforderungen des Übergangsprozesses

Die Komplexität der zentralafrikanischen Krise ist, ebenso wie Komplexität der geographischen Lage und der Soziologie der kriegführenden Parteien, kennzeichnend für den aktuell schwierigen Übergangsprozess. Das Ausmaß der Katastrophen in diesem Land ist so groß, dass zahlreiche Prioritäten auf allen Ebenen zu setzen sind: Sicherheit, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, um nur einige Bereiche zu nennen.

In puncto Sicherheit ist und bleibt die Präsenz der bewaffneten Gruppen (Anti-Balaka, FDPC von Abdoulaye Miskine im Westen, Séléka im Zentrum und im Norden und Nordosten und die „Armée de résistance du seigneur“ (LRA) der ugandischen Rebellen im Osten) ein großes Problem für die Übergangsregierung. Die komplexe Zusammensetzung der beiden wichtigsten Gruppen Anti-Balaka und Séléka mit zahlreichen Führern und unzureichend definierten Befehlsketten bleibt ein schwer lösbares Problem. In jüngster Zeit ist eine Spaltung innerhalb der Séléka zu beobachten mit Umgruppierungen ethnischer Ausrichtung (Fulbe, Araber, Runga, Gula). Die Auseinandersetzungen innerhalb der Séléka manifestierten sich nach der Generalversammlung in Bambari vom 25. bis 26. Oktober 2014 in der Bildung der „Union pour la Paix en Centrafrique“ (Union für den Frieden in Zentralafrika, UPC) unter der Führung der Generäle Ali Darass und Al-Khatim. Letzterer dementierte allerdings, an dieser Initiative beteiligt gewesen zu sein. Weitere Generalversammlungen von Teilen der Séléka sind in Kaga-Bandoro vorgesehen (für die Séléka-Fraktion unter Führung von Nourrédine Adam und in Bria für die Fraktion von Zacharia Damane). Durch diese Abspaltungen wird die Séléka-Koalition mit Sicherheit geschwächt, was die Konsolidierung des Friedensprozesses begünstigen könnte.

Die Anti-Balaka haben mit ihren zahlreichen Ausgliederungen und Befehlshabern, aber auch wegen der Fülle von Kämpfern und den Waffen, über die diese verfügen, ein Finanzierungsproblem.

Das Land scheint faktisch in zwei Teile gespalten zu sein: Der eine Teil wird von der Séléka kontrolliert und der andere im Westen wird hauptsächlich von den Anti-Balaka-Rebellen beherrscht. Sogar die Hauptstadt Bangui ist gespalten, wobei der Bezirk Km5 von einer muslimischen

Selbstverteidigungsgruppe kontrolliert wird und der Rest der Stadt (abgesehen vom Stadtzentrum nur wenige Viertel) von den Anti-Balaka-Rebellen.

Heute organisieren sich die Anti-Balaka und die Séléka mit der Bildung militärischer Generalstäbe und politischer Zellen. Jedoch entstehen jedes Mal Streitereien, die ihre Führung in Frage stellen. Dieses Chaos verkompliziert den von der amtierenden Staatsgewalt in Gang gesetzten Verhandlungsprozess dahingehend, dass die von den jeweiligen Seiten eingegangenen Verpflichtungen von der Basis angezweifelt werden.

Politisch gesehen bleiben die wichtigsten Prioritäten die Wiederherstellung der Staatsautorität und die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung durch die Organisation freier und demokratischer Wahlen.

Die Regierung arbeitet mit Unterstützung einiger Gruppen (PNUD, Europäische Union, Frankreich) an der Umstrukturierung der Verwaltung im Hinterland durch die Sanierung der öffentlichen Gebäude. Der Schwerpunkt liegt auf der Justizverwaltung, um die Ausschreitungen im Land zu begrenzen. Die Sicherheitslage des Landes und vor allem die Entwaffnung der bewaffneten Gruppen bereitet weiterhin angesichts ihrer Zahl und komplexen Struktur Kopfzerbrechen.

Die Vorbereitung der nächsten Wahlen unter Aufsicht der Nationalen Wahlaufsichtsbehörde (ANE) kommt mangels ausreichender Mittel nur mühsam voran. Zunächst für Februar 2015 vorgesehen, scheinen diese Wahlen nicht durchführbar, da die Wählerverzeichnisse noch nicht vollständig sind. Zudem stellt die unsichere Lage im ganzen Land ein erhebliches Hindernis dar, das es zu überwinden gilt. Die internationale Gemeinschaft argwöhnt, dass die Regierung den Wahlprozess verschleppt, um die Übergangsphase zu verlängern.

Obwohl finanzielle Versprechungen (USA, Vereinte Nationen, Europäische Union) zur Unterstützung des Wahlprozesses gegeben wurden, scheint alles darauf hinzudeuten, dass die Organisation freier und transparenter Wahlen bis Anfang 2015 angesichts dessen, was bis dahin noch an Arbeit zu leisten ist, unmöglich ist.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Zerstörung der gesamten Wirtschaftsstruktur eine der Folgen dieser Krise. Die gesamte Wirtschaft des Landes liegt am Boden. Die Landwirtschaft leidet unter der unsicheren Lage mit der Abwanderung der Erzeuger, die ständig auf der Flucht sind, um sich zu schützen. Die Fulbe befinden sich, wenn sie nicht massakriert wurden, beinahe alle im Ausland. Das trifft auch auf die Händler zu, die größtenteils Muslime sind. Die wenigen Geschäfte, die man findet, sind in Bangui und werden von Libanesen betrieben.

Die Einnahmen des Staates stammen hauptsächlich aus Steuer- oder Zolleinnahmen. Nun leidet dieser Sektor aber neben der Zerstörung der Verwaltung, auch unter Korruption und Veruntreuung.

In sozialer Hinsicht sind die Herausforderungen immens und betreffen vor allem die soziale Kohäsion sowie den Gesundheits- und Bildungssektor.

Die Spaltung in der Gesellschaft ist so gewaltig, dass die Maßnahmen zur Überwindung tief greifend und langfristig angelegt sein müssen. Ein großes Problem ist der Umgang mit der Jugend, die den überwiegenden Teil der bewaffneten Gruppen ausmacht. Dies muss vorsichtig und überlegt angegangen werden. Eine Entwaffnung und Wiedereingliederung der Jugendlichen ist dringend

notwendig, doch sollten hierbei die Fehler der früheren Programme DDR¹⁶ (Demobilisierung, Entwaffnung, Reintegration) vermieden werden.

Die Rückkehr der Flüchtlinge und der Binnenvertriebenen ist ein weiteres Problem. Mehrere Häuser wurden zerstört und das Hab und Gut geplündert. Für diese Menschen ist ein echter Wiederaufbau ihrer Dörfer in Erwägung zu ziehen und Sensibilisierungsarbeit zu leisten, damit sie wieder in Gemeinschaft miteinander leben können.

Der Wiederaufbau der Schulen und vor allem die Sensibilisierung der Eltern und der Schüler selbst, wieder zur Schule zu gehen, ist eine große Herausforderung. Hinzu kommt die geringe Anzahl an Lehrpersonal und dessen geringes Bildungsniveau, was durch wiederkehrende Streiks wegen nichtbezahlter Löhne noch erschwert wird.

Der Gesundheitssektor befindet sich in einem katastrophalen Zustand wegen der kaputten Infrastruktur, aber auch wegen des geringen Pflegepersonalbestands und der schlechten Servicequalität. Trotz der Unterstützung durch internationale NGOs (Ärzte ohne Grenzen u.a.) bleibt der Bedarf angesichts der fortwährenden Ausschreitungen im gesamten Land sehr hoch.

In humanitärer Hinsicht sind die Herausforderungen immens, auch wenn eine Vielzahl von Akteuren vor Ort aktiv ist. Es gibt Hunderttausende von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen in den Nachbarländern, deren Gesundheits- und Ernährungslage äußerst schwierig ist. Die internationalen Akteure fällt ein Eingreifen wegen der anhaltend schwierigen Sicherheitslage, aber auch wegen des schlechten Zustands des Straßennetzes schwer.

Die aktuelle Lage ist, trotz der internationalen Mobilisierung durch die Stationierung der internationalen Truppen und Unterstützungen jeder Art, noch immer ungelöst. Der erneute Ausbruch von Feindseligkeiten in Bangui und Bambari im September und Oktober 2014 ist ein Hinweis hierfür.

Internationale Einsätze und Interventionen der Staaten der Subregion

Im Bereich der Subregion gab es mehrere Interventionen durch Verhandlungen zwischen den kriegführenden Parteien. Seit Beginn der Krise fanden mehrere Verhandlungssitzungen statt: in Libreville am 11. Januar 2013, in N'Djamena am 18. April 2013 und am 10. Januar 2014 und schließlich in Brazzaville am 22. Juli 2014. Bei diesen verschiedenen aufeinanderfolgenden Begegnungen gelang es aber nicht, das Chaos in der Zentralafrikanischen Republik zu entwirren.

Seit dem Ausbruch der Krise wurde auf Drängen des kongolesischen Präsidenten Sassou Nguesso, dem Hauptmediator der Krise, der kongolesische General Essongo zum Verhandlungsführer ernannt.

Auf internationaler Ebene beschloss die Afrikanische Union am 1. August 2013, die Stabilisierung des Landes zu unterstützen. Dies geschah durch den Einsatz der MISCA („Mission Internationale de

¹⁶ Die ersten Erfahrungen mit DDR in der ZAR sind geprägt von h Betrug. Die Gelder wurden nicht für die Wiedereingliederung der früheren Kämpfer eingesetzt, sondern es wurden damit hochrangige Amtsinhaber oder Manager des DDR-Programm versorgt. Dies hatte gewalttätige Reaktionen der ehemaligen Kämpfer zur Folge.

Soutien à la Centrafrique“, Internationale Unterstützungsmission in der Zentralafrikanischen Republik), gestützt durch die Resolution 2127, die am 5. Dezember 2013 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Diese über 3000 Personen umfassende neue Mission tritt an die Stelle der „Mission für die Friedenskonsolidierung in Zentralafrika“ (Mission de Consolidation de la Paix en République Centrafricaine, MICOPAX). Sie soll die Übergangsregierung in der Zentralafrikanischen Republik bei der Sicherung des Landes unterstützen. Hinzu kommen 2000 Soldaten der französischen Operation Sangaris und eine 600 Mann starke Truppe der europäischen Mission EUFOR. Am 15. September 2014 übergab die MISCA den Staffstab an die MINUSCA (UN-Mission zur Stabilisierung der Zentralafrikanischen Republik, „Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation en RCA“). Ihre Aufgabe ist unter anderem der Schutz der Zivilbevölkerung, die Unterstützung des Übergangsprozesses, einschließlich der Ausweitung der Staatsautorität und der Wahrung der territorialen Integrität, die Unterstützung der nationalen und internationalen Justiz und des Rechtsstaats und die Mitwirkung bei der Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung und Rückführung der Bevölkerung.

Finanzielle und vor allem Haushaltsbeihilfen der Länder der Subregion, aber auch internationaler Partner (Frankreich, USA, Europäische Union, Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank) verschafften der Übergangsregierung etwas Luft, doch war die Verwaltung dieser Gelder durch schlechtes Management und Straffreiheit gekennzeichnet.

Wichtig ist auch, darauf hinzuweisen, dass diese Hilfen nicht von Kontrollmaßnahmen oder Auflagen einer Good Governance begleitet wurden, angesichts der Tatsache, dass vielfach Fälle von Misswirtschaft und Fehlverwendung der Hilfsgelder von außen berichtet wurden.

Die Auswirkungen des Dafur- und Boko-Haram-Konfliktes

Bereits Roland Marchal bestätigte vor einigen Jahren, dass die ZAR nicht nur im Norden instabil war. Der Krieg im Sudan beeinflusste die Sicherheitslage im Osten der Zentralafrikanischen Republik. Bereits seit der Rebellion von John Garang in den 1960er Jahren diente seine sudanesisches Volksbefreiungsbewegung („Mouvement populaire de libération du Soudan“, SPLM) dazu, zentralafrikanisches Elfenbein, Gold und Diamanten zu sammeln und in Uganda und Kenia zu verkaufen. Man konnte Streifzüge der sudanesischen Armee auf zentralafrikanischem Gebiet beobachten, die südsudanesischen Rebellen hetzten. Darüber hinaus litten auch die Wildschutzreservate des Landes mehrere Jahre unter sudanesischen Wilddieben.

Aufgrund der Durchlässigkeit der Grenzen und vor allem, weil die Machthaber in Bangui den Ostteil und den Nordwesten aufgegeben hatten, konnten sich die Truppen des ugandischen Rebellen Joseph Kony, Führer der „Widerstandsarmee des Herrn“ (LRA), hier niederlassen. Ein Kontingent der ugandischen Armee sowie einige Soldaten der amerikanischen Armee wurden im Osten des Landes stationiert, um die Kony-Kämpfer zu verfolgen – bis heute jedoch ohne Erfolg. Auch die Tatsache, dass die ugandischen Kämpfer des Diamanten- und Elfenbeinschmuggels beschuldigt wurden, rief Reaktionen hervor.

Die Machtergreifung der mehrheitlich muslimischen Séléka-Koalition mit der Verstrickung tschadischer und sudanesischer Söldner warf Fragen einer möglichen Verbindung dieser Gruppe mit der islamistischen Sekte Boko Haram in Nigeria auf. Die Unsicherheit an der Westgrenze der

Zentralafrikanischen Republik und der Anstieg der Angriffe im Norden Kameruns und deren Auswirkungen auf die Grenzen des Tschad gibt zu berechtigten Befürchtungen Anlass. Gerüchte über die Anwesenheit der 200 von Boko Haram entführten nigerianischen Schülerinnen in Birao (Stadt im Nordosten Zentralafrikas, die an den Sudan und den Tschad grenzt, vor allem aber eine der Hochburgen der Séléka ist), ging vor einigen Monaten durch die Presse. Die Gewalt der Angriffe der Anti-Balaka und die Ausbreitung der Feindseligkeiten gegenüber dem Islam und den Muslimen in der ZAR hatten vor einiger Zeit Boko Haram dazu veranlasst, den Christen in der Zentralafrikanischen Republik den Krieg zu erklären.

Kamerun ist seit einiger Zeit der wachsenden Macht und den ständigen Angriffen der Boko Haram im nördlichen, an Nigeria grenzenden Teil des Landes ausgesetzt, sowie dem Eindringen der Séléka-Rebellen und später der Anti-Balaka-Kämpfer im Osten des Landes, in den Grenzgebieten zur Zentralafrikanischen Republik.¹⁷

Die Rolle Frankreichs und der Europäischen Union

Frankreich spielte eine wichtige Rolle im Konflikt der Zentralafrikanischen Republik. Es war Initiator verschiedener Uno-Resolutionen zur ZAR. Seit dem 5. Dezember, als der Angriff der Anti-Balaka auf Bangui stattfand, hat Frankreich die Sangaris-Truppen stationiert. Die Gleichzeitigkeit dieser beiden Ereignisse und die ersten Entwaffnungen der Séléka-Kämpfer durch die Sangaris, die Auslöser für die Ermordung muslimischer Zivilisten waren, warfen Fragen über die Unparteilichkeit der französischen Streitkräfte auf. Einige Reportagen¹⁸ berichten über eine gewisse „Sympathie“ zwischen einigen Franzosen der Sangaris und den Chefs der Anti-Balaka-Miliz.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass Frankreich bei der Suche nach Lösungen für das zentralafrikanische Problem eine zentrale Rolle spielte. Mehrere Missionen wurden von Paris ausgehend und sogar auf der Ebene des Präsidenten und der französischen Regierung nach Bangui unternommen. Den Behörden und Institutionen vor Ort wurden Hilfen (finanzieller und technischer Art) gewährt.

Die Europäische Union selbst spielte und spielt weiterhin eine wichtige Rolle. Dies wird deutlich am Beispiel der Entsendung des 100-Mann-starken Kontingents der europäischen Eingreifkräfte zur Sicherung des Flughafens in Bangui und des 3. und 5. Bezirks von Bangui.

Ein Finanzpaket, der Treuhandfonds *Békou* („Hoffnung“ in Sango), wurde von der Europäischen Kommission eingerichtet, um Finanzierungsmittel zugunsten der Zentralafrikanischen Republik zu mobilisieren. Mit Hilfe dieses Fonds mit einem Budget von 64 Millionen Euro (41 Millionen von der EU, 5 Millionen aus Frankreich und 5 Millionen aus Deutschland in 2014, und jeweils weitere 5 Millionen von beiden Ländern für 2015 geplant, 3 Millionen aus den Niederlanden) konnten bereits die drei ersten Projekte gestartet werden, die direkt der Bevölkerung zugutekommen sollen: das Das

¹⁷ Die Regierung Kameruns vermutet Verstrickungen zwischen diesen Rebellengruppen und den Politikern Kameruns, was zu einigen einschlägigen Verhaftungen führte (RA Abdoulaye Harissou, Notar und Aboubakar Sidikki, Präsident des „Mouvement patriotique du salut camerounais“, Patriotische Heilsbewegung Kameruns, MPSC, Opposition) – beide im August 2014 zu Untersuchungszwecken von den Sicherheitsdiensten festgenommen.

¹⁸ www.france24.com: Spécial investigation, décembre 2013

erste Projekt betrifft den Wiederaufbau des Gesundheitssystems; mit dem zweiten soll die öffentliche Infrastruktur in Bangui saniert werden, wobei lokale Arbeitskräfte zum Einsatz kommen sollen, und mit dem dritten Projekt sollen die wirtschaftlichen und sozialen Fähigkeiten von Frauen gestärkt sowie ihre Rolle im Dialog- und Versöhnungsprozess unterstützt werden.

Die Vereinten Nationen haben erhebliche Kapazitäten aufgewendet, um die zentralafrikanische Krise beizulegen. Auf militärischer Ebene haben die MINUSCA-Kräfte die MISCA abgelöst. Aber trotz des starken Blauhelm-Aufgebots bleibt die Lage im gesamten Land sowohl in Bangui als auch in der Provinz unsicher.

Auch von den Partnern (Vereinte Nationen, Europäische Union und Frankreich) werden Anstrengungen für die Wiederstellung der Verwaltung im Hinterland durch die Sanierung der Verwaltungsgebäude unternommen. Dabei ist festzuhalten, dass seit der Machergreifung durch die Séléka sämtliche Verwaltungsgebäude und –Unterkünfte geplündert und verwüstet wurden.

4. Vorschläge zur Lösung des Konflikte

Die Komplexität der Krise in der Zentralafrikanischen Republik und vor allem die Vielzahl der Konfliktparteien – auch wenn sich die Aufmerksamkeit heute nur auf die Séléka und die Anti-Balaka konzentriert – erfordern ein wohlüberlegtes Konzept zur Lösung der Probleme.

Angesichts der Fortschritte, die man bei der Suche nach Lösungen der Krise verzeichnet, aber auch und vor allem um Fehlschläge zu vermeiden, muss man nach der Relevanz der geplanten Lösungen fragen.

Grundvoraussetzung für die Suche nach Auswegen und Mitteln zur Lösung der Probleme in der Zentralafrikanischen Republik ist das Verständnis und die Akzeptanz der echten Ursachen der ständigen Krisen von Seiten sämtlicher Zentralafrikaner.

In zahlreiche Foren und nationalen Konferenzen, die im Land stattfanden, gefolgt von Gesten der Vergebung und Versöhnung zwischen den Führern, konnten die Streitereien nicht begraben werden. Die Aufstände der APRD und jener, die sich rund um die Séléka verbündet haben, hatten sich unmittelbar nach dem inklusiven Dialog und den Foren der Entwicklungssektoren des Landes ereignet. Diesen nationalen Konferenzen ist eines gemein: die Nichteinhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und Schwierigkeiten bei der Umsetzung oder bei der Überwachung der Umsetzung der unterzeichneten Zusagen.

Heute erfordern das Ausmaß der sich verschlechternden Lage und auch die Vielzahl der Prioritäten eine andere Herangehensweise und ein echtes und entschlossenes Engagement auf verschiedenen Ebenen.

Derzeit wird der Übergangsprozess stark durch die schlechte Führung sowohl auf der Ebene der Präsidentschaft als auch des nationalen Übergangsrats und der Regierung belastet. Insbesondere das

opportunistische Verhalten, der Akteure, sowie der Mangel an politischem Engagement und Entschlossenheit gegenüber den bewaffneten Gruppen belasten den Ausgang dieses Übergangsprozesses erheblich.

Obwohl die Lage angesichts der weiter oben analysierten Parameter hoffnungslos scheint, können die nachfolgenden Vorschläge helfen, die Krise einzudämmen und der politischen Transition in diesem Land zu einem positiven Abschluss verhelfen.

Auf kurze Sicht könnten sich Maßnahmen für eine Bewältigung der Krise auf folgende Punkte konzentrieren: die Wiederherstellung der Sicherheit in Bangui und im gesamten Land; die Wiederherstellung der Staatsautorität durch die Umstrukturierung der Verwaltung vor Ort; die Bekämpfung von Straflosigkeit durch Reformierung und Umstrukturierung von Polizei, Gendarmerie und Strafjustiz; die soziale Wiedereingliederung der Jugend, um deren Beteiligung an bewaffneten Gruppen und am Vandalismus einzudämmen; die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Abhaltung glaubwürdiger Wahlen.

Mittel- und langfristig gesehen sollte man sich auf Folgendes konzentrieren: die Umstrukturierung und Verstärkung der Kapazitäten von Verteidigungs- und Sicherheitskräften; die Schaffung von Voraussetzungen für die Entwaffnung bewaffneter Gruppen und bewaffneter Zivilisten mit Hilfe eines DDR-Prozesses (Demobilisierung, Entwaffnung, Reintegration); die Schaffung von Voraussetzungen für die Mobilisierung und Sicherung von Steuereinnahmen; die verstärkte Bekämpfung von Korruption und Unterschlagung öffentlicher Mittel; die Organisation einer nationalen Konferenz auf der Grundlage lokaler Konsultationen, um die tieferen Ursachen der verschiedenen Krisen zu diskutieren; die Einsetzung einer Kommission „Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung“, ausgehend von den lokalen Konsultationen; die Einführung eines Rechtsmechanismus (Verfassung und Strafgesetzbuch), um das zentralafrikanische Staatsbürgerschaftsgesetz besser zu definieren und klarer zu gestalten; die Einleitung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Übergriffen gegen die muslimischen Minderheiten und zur Förderung ihrer Einbindung in die Entscheidungsinstanzen.

Die Einbindung der Länder der Subregion, der CEMAC (Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft) und der CEEAC (Wirtschaftsgemeinschaft der Zentralafrikanischen Staaten) sowie der restlichen internationalen Gemeinschaft ist unerlässlich für den Wiederaufbau der Zentralafrikanischen Republik, um ihr die Mittel und Fähigkeiten zur Umsetzung der vorgenannten Empfehlungen an die Hand zu geben.

Auf der Ebene der subregionalen Instanzen (CEMAC und CEEAC) sollte die bereits begonnene Unterstützung durch die Beteiligung an den UN-Streitkräften der MINUSCA und die finanziellen Hilfen verstärkt und vor allem von der Umsetzung der Good Governance abhängig gemacht werden. Die Afrikanische Union, die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die bilateralen Partner sollten sich ebenfalls gemeinsam mit den subregionalen Organisationen dafür einsetzen, diese Ziele zu erreichen.

Die Unterstützung der Akteure des Übergangsprozesses, aber auch konsequente Maßnahmen zur Bekämpfung der bewaffneten Gruppen, die sich an den Grenzen der Staaten weiterhin bilden, sollten verstärkt werden.

Bibliographie

Patrice GOURDIN: République centrafricaine : géopolitique d'un pays oublié, Oktober 2013

Roland Marchal: CAR and the regional (dis) order, 2014

Dieudonné MOZOULOUA: Fragilité de l'état et sous-développement en Centrafrique, 2009

Eddy Symphorien Kparekouti: Sursaut utopique ou réelle opportunité pour un renouveau démocratique?, Juni 2013

Mohamed HOUSSEIN: Les conflits armés en Centrafrique, causes et conséquences, Januar 2014

Der Autor:

Faouzi KILEMBE ist unabhängiger Wissenschaftler aus der Zentralafrikanischen Republik. Er arbeitet als unabhängiger Berater für die Weltbank und die Europäische Union. Derzeit ist er als technischer Assistent in einem von der Europäischen Union finanzierten Entwicklungsprogramm in der Zentralafrikanischen Republik tätig.